

TARIFRUNDE LÄNDER 2023



LIEBE ELTERN,

am 28. November befinden sich die Lehrkräfte und Erzieher:innen dieser Einrichtung im Warnstreik. Das bedeutet, dass der Unterricht (teilweise) ausfällt und der Hortbetrieb eingeschränkt wird. Die Entscheidung, in den Streik zu gehen, ist uns schwer gefallen. Aber wir sehen keine Alternative zum Warnstreik. Die Arbeitgeber zwingen uns leider zu diesem Schritt.

Liebe Eltern, um diesen Zustand zu beenden, brauchen wir jetzt Ihre Solidarität und Unterstützung!

Uns ist bewusst, dass ein Warnstreik für Sie als Eltern und Familien eine Belastung darstellt. Deshalb gehen wir verantwortungsvoll damit um. Wir hoffen, dass wir uns mit den Arbeitgebern in der nächsten Verhandlungsrunde einigen können. Auch für uns sind Warnstreiks anstrengend und kräftezehrend. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Die Länder als Arbeitgeber haben in den laufenden Tarifverhandlungen nach wie vor kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandeln seit dem 26. Oktober 2023 mit den Bundesländern über die Gehälter der Landesbediensteten. Unmittelbar geht es um über 1,2 Millionen Tarifbeschäftigte, davon arbeiten rund 200.000 an Schulen. Indirekt geht es zudem um circa 1,3 Millionen Beamt:innen, darunter knapp 650.000 Lehrer:innen.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes spüren die extremen Preiserhöhung. Sie brauchen dringend eine deutliche Lohnsteigerung. Weil die vergangene Länder-Tarifrunde im Herbst 2021 noch vor dem Krieg in der Ukraine stattfand, haben die Tarifparteien diese Entwicklung nicht vorhersehen können. Gewerkschaften und Arbeitgeber einigten sich damals auf die nächste Tarifrunde im Herbst 2023. Während im Frühjahr 2023 in einer intensiven Tarifauseinandersetzung ein guter Abschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen erreicht werden konnte, warten die Landesbeschäftigten weiter auf eine Gehaltssteigerung.

Doch die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Länderarbeitgeber geben sich knauserig. Obwohl die Landeskassen trotz aller Krisen gut gefüllt sind, verweigern sie ihren Beschäftigten eine angemessene Kompensation der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Ihre Vorschläge laufen auf deutliche Reallohnverluste hinaus. Das können die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht hinnehmen. Arbeitskämpfe sind das durch Grund- und Menschenrechte geschützte Mittel, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen können. Dabei geht es zunächst um Warnstreiks, also kurze, meist eintägige Arbeitsniederlegungen. Erst wenn nach mehreren Verhandlungsrunden keine Einigung möglich ist, können die Gewerkschaften zu einem unbefristeten Erzwingungsstreik aufrufen. Davon sind wir noch weit entfernt. Aber die jetzt angekündigten Warnstreiks sind unvermeidlich, damit die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen bewegen und die Forderungen der Beschäftigten endlich ernst nehmen. Denn schließlich sind es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die viele wichtige Institutionen wie Schulen und Kitas am Laufen halten.

Durch den eklatanten Fachkräftemangel an den Schulen und Kitas fällt übrigens weit mehr Unterricht aus als durch ein paar Stunden Warnstreik. Dieser Personalmangel im öffentlichen Dienst kann nur mit guten Arbeitsbedingungen behoben werden. Auch Kinder und Eltern haben ein Interesse daran, dass dadurch wieder mehr Menschen für die spannende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gewonnen werden können.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und bitten um Ihre Unterstützung.

Wir informieren Sie gerne über den Verlauf der Verhandlungen und anstehende Warnstreiks. Informationen zur Tarifrunde finden Sie auch unter: www.gew.de/MEHR.

IHR SCHUL-TEAM

DER GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT